

## WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mochu.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 7. Oktober 1921.

Brot- und Mehlpreisstaffelung. Samstag, den 8. ds. ist als letzter Abgabetag für die Abgabe der Erklärungen anberaumt. Für Parteien, welche aus irgend einem Grunde nicht in der Lage sind, die Erklärungen an diesem Tage abzugeben, werden die Brotkommissionen auch noch Montag, den 10. ds. und Dienstag, den 11. ds. zu diesem Zwecke verstärkten Dienst halten. Von Mittwoch, den 12. ds. angefangen halten die Brotkommissionen nur mehr den üblichen Kommissionsdienst. (Montag, Mittwoch und Freitag.) Parteien, welche erst zuziedeln oder nach Wien zurückkehren, haben an diesen Tagen ihre Erklärungen abzugeben. Unter einem wird der Tag, an dem die Brot- und Mehlverkäufer auf Bezugskarten, welche nicht mit dem Gültigkeitsstempel versehen sind, Brot und Mehl abgeben können, bis einschliesslich Mittwoch, den 12. September verlängert.

Lehrerhausverein. Lebensmittelabgabe für Mitglieder an den Schulen der Bezirke 20 und 21 Dienstag, den 11. Oktober von 4 - 6 Uhr, der Bezirke 1 und 2 Donnerstag, den 13. ds. 4 - 6 und der Bezirke 3 und 4 Samstag, den 15. ds. von 10 - 12. Für Oel (Abgabe nach Vorrat) Gefässe mitbringen. Zu anderer Zeit keine Ausgabe.

Angelobung und Beeidigung von Lehrpersonen. Heute vormittags fand im Rathause die Angelobung und Beeidigung statt. Zur Beeidigung hatten sich 30 neu ernannte Schulleiter und Schulleiterinnen, 2.500 Lehrpersonen, denen das Definitivum verliehen worden war, eingefunden. Die Angelobung leisteten 150 provisorische Lehrer und Lehrerinnen. Die Beeidigung nahm Bgm. Reumann vor, die Angelobung der 1. Vorsitzende-Stellvertreter des Bezirksschulrates Nationalrat Glöckel. Dieser wies in einer Ansprache auf die große ideale, sittliche und volkswirtschaftliche Bedeutung des Lehrberufes hin. Aufgabe der Lehrerschaft sei es, den Erwartungen der Gemeindeverwaltung, die sie in Anbetracht der wichtigen und weittragenden Ideen der Schulreform in die Lehrerschaft lege, voll und ganz mit ihrem Idealismus und ihrer Tatkraft gerecht zu werden, damit die Stadt Wien in den Schulreformatorischen Bestrebungen den ersten Platz erringe. Die einheitliche und zielbewusste Arbeit der Lehrerschaft mit den Elternvereinen werde es ermöglichen, dass die Lehrerschaft all die großen und wichtigen Aufgaben der Jugendberaterung lösen wird, und dass der Lehrer nicht mehr mit dem Buch in der Hand versinnbildlicht wird, dass er nicht ein Schulmeister, sondern ein Meister der Schule sein wird.

## WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 7. Oktober 1921.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

An Stelle des GR. ~~Santa~~ Santa (Tscheche), der sein Mandat zurückgelegt hat, leistet der sinterufene Ersatzmann Karl Haza die Angelobung. Gespendet haben: Die New-Yorker Künstlerin Frieda Hempel anlässlich ihrer Wiener Konzertreise für die armen Wiener Kinder 250.000 K., das niederländische Hilfskomitee „Vor de Kinderen“ für die städtischen Waisenhäuser 100.000 K., O.J. in Waukon, für die hungernden Wiener Kinder 26097 K., die Finanzverwaltung von St. Gallen für wohltätige und Armenzwecke 5974 K.

Der Bürgermeister erklärt die Geschäftsstücke 1 - 6, 8 - 12, 14, 16, 17, 19 - 21 als angenommen.

Staatsangehörigkeit verabfolgt werden, wenn sie dauernd in Wien wohnen und ihre Eltern eine allgemeine nützliche Arbeit leisten. Diese Kinder seien bei der Beteiligung nach der Brot- und Mehlpreisstaffelung zu behandeln. Deutsche öffentlichen Schulen mögen die Schulsammlungen und sonstigen Behelfe gleich den Deutschen zur Verfügung gestellt und auch die Komenzkyschulen aus Gemeindegeldmitteln Lehrbehelfe erhalten.

G.R. Wünschak (Christlichsozial) erklärt, der Beschluss sämtlichen Schulkindern unentgeltlich die Lernmittel zu verabfolgen sei in der Praxis bisher nicht durchgeführt worden und werde auch im laufenden Schuljahr nicht praktisch verwirklicht werden können, weil der Gemeinde einfach die Mittel fehlen. Wenn man sich aber von vorneherein bewusst war und bewusst ist, dass eine allgemeine Beteiligung der Schuljugend mit Lernmitteln undurchführbar ist, dann bedeutet das Festhalten an einem solchen Beschlusse eine Pöpperei der Öffentlichkeit, der Elternschaft, der Schuljugend. Im vergangenen Schuljahr haben die Kinder die Kernbehelfe nur ganz unvollständig erhalten, es fehlte an Schiefertafeln, an Griffeln, an Federn an Schulheften, und der ganze Schulbetrieb wurde auf das Schwerste beeinträchtigt. Kinder wohlhabender Eltern mussten sich von den Lehrern sagen lassen, dass ihre Eltern ihnen die Schulbücher selber kaufen sollen und dadurch wurde ihr Ehrgefühl ganz ungerechtfertigter Weise getroffen. Auch im Linzer Gemeinderat ist ein Beschluss gefasst worden bedürftige Kinder unentgeltlich mit Lernmitteln zu betheiligen, wobei an dem Grundsatz der allgemeinen unentgeltlichen Beteiligung festgehalten wurde, aber dieser Beschluss ist eben innerhalb der gegebenen Verhältnisse durchführbar. Die Mehrheit des Wiener Gemeinderates täte viel klüger und redlicher, wenn sie nicht starr an programmatischen Prinzipien festhalten, sondern nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und Möglichkeiten die Beteiligung der Schulkinder mit Lernmitteln eingerichtet hätte. Denn alten undurchführbaren Beschluss heute neuerdings aufzuwärmen sei eine Pöpperei der Öffentlichkeit und ein Verwaltungsskandal.

GR. Benisch (Soz. Dem.) referiert über die Vorschrift für die Bereitstellung und Verabreichung der Lernmittel an Volks- und Bürgerschüler.

GRin. Gabriele Walter (chr. soz.) macht auf einzelne Punkte der Vorschrift aufmerksam, die nach ihrer Meinung Unklarheiten enthalten, wendet sich hauptsächlich aus sanitären Rücksichten gegen die Verwendung alter beschmutzter Lehrbücher und die gemeinsame Benützung von Lernmitteln wodurch die talentierten Kinder im Fortschritte aufgehalten werden. Schließlich stellt sie den Antrag von dem Einkauf von Handarbeitsmaterial durch das Wirtschaftsamt abzusehen, weil dadurch bedeutende Mehrauslagen für die Gemeinde Wien entstehen und dies über dies eine Schädigung der kleinen Geschäftsleute bedeutet. Das Handarbeitsmaterial ist in der bisherigen Weise zu beschaffen.

G.R. Klimesch (Tscheche) beklagt sich über die Behandlung der tschechischen Schulkinder von denen er behauptet, dass sie in jeder Weise stiefmütterlich behandelt werden. Auch den tschechischen Schulleitern werden ganz überflüssige Schwierigkeiten bereitet und ihnen nicht einmal anständige Amtszimmer zugewiesen, sodass sie gezwungen sind entweder in den Klassenzimmern oder gar in den Korridoren zu arbeiten. Es sei auch ein Unrecht, von Kindern fremder Staatszugehörigkeit die Lernmittel beanspruchen die Beibringen eines Arztszeugnisses zu verlangen. Redner stellt schließlich eine Reihe von Anträgen dahin gehend, dass Schulbücher und Lernmittel auch Kinder

GR. Machaj (Tscheche) sagt, er wolle sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, um zu zeigen, wie stiefmütterlich sich die Stadt Wien den tschechischen Schulkindern gegenüber benimmt. Die Schulräume seien überfüllt, es herrsche ein Mangel an Schulmitteln und Schulbüchern. Er fragt wieviel im Vorjahre für tschechische Schulen ausgegeben und wieviel für das kommende Schuljahr präliminiert worden sei.

G.R. Jorde (Soz.Dem.) sagt, daß die Opposition, die durch ihren Führer in schärfster Weise gegen den seinerzeitigen Beschluß der unentgeltlichen Beistellung der Lernmittel losgezogen habe, die wirtschaftliche Lage der Gemeinde verkenne. Die gemachten Vorwürfe seien zu 99 % nicht richtig. Die Lernmittel die am Anfange des Schuljahres notwendig sind, sind geliefert worden. Wenn keine Lesebücher vorhanden sind, so hat das darin seinen Grund, da den Kindern die alten habsburgischen Lesebücher nicht gegeben werden können. Es ist aber für das Lesebuch Ersatz geschaffen worden dadurch, daß so wie im Vorjahre für Klassenlektüre gesorgt wurde. Bei den Geschichtsbüchern liege die Sache aus demselben Grunde ähnlich, doch werde jetzt der Geschichtsunterricht anders betrieben als in der alten Schule. Wenn die Sache bei den Heften nicht gleich geklappt habe, so sei daran nicht die Gemeinde, sondern die Lieferanten und der Papiermangel, der im Vorjahre geherrscht hatte, schuld. Was die gemeinsamen Lernmittel anlange, so reichen auch diese wie zum Beispiel Tusche, Farbe und s.w. aus. Allerdings müsse die Gemeinde Wien auch auf dem Gebiete des Schulwesens sparen.

Zwischenruf bei den Christlichsozialen: Sperrt die Schulen ganz zu!

Gemeinderat Jorde: Sie haben sie im Kriege zugesperrt, wo gar keine Notwendigkeit vorhanden gewesen wäre. Die Christlichsozialen haben ihren Führer ins Treffen geschickt, weil die ganze Frage von hoher prinzipieller Bedeutung ist. Die Gemeindeverwaltung wolle aber in der Schule nicht mehr unterscheiden zwischen arm und reich und wolle den Armen den Gang zum Armenrat nicht mehr vorschreiben. Sie wird auch weiterhin an dem Grundsätze der Unentgeltlichkeit der Lernmittel festhalten.

Der Referent erwidert in seinem Schlussworte auf die Einwendungen der Gemeinderätin Walter, daß sie Gelegenheit gehabt hätte, diese im Bezirksschulrate vorzubringen. Ein Unterschied, so erwidert der Referent auf die Ausführungen der tschechischen Redner, in der Behandlung der tschechischen und deutschen Schulen bestehe nicht. Die vorgebrachten Uebelstände werden einer Untersuchung zugeführt werden.

G.R. Walter berichtet tatsächlich, daß die Vorlage im Bezirksschulrate nicht zur Sprache gekommen sei.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Walter abgelehnt, die Anträge Klimesch der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Vorlage wird genehmigt.

GR. Benisch (Soz.Dem.) referiert über den Verkauf von Alteisenmaterial.

GR. Pollack (jüd.nat.) beantragt mit Rücksicht auf die seit der Preisbestimmung eingetretene Geldentwertung, die Rückverweisung des vorliegenden Antrages.

Der Referent spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus worauf der Referentenantrag unverändert angenommen wird.

Ueber Antrag des GR. Kokrda (Soz.Dem.) wird die Uebertragung eines 144.06 Quadratmeter großen Grundstreifens nächst der Ferdinandsbrücke in der Leopoldstadt ohne Wortmeldung zum Beschluß erhoben.

Ferner wird über Antrag des GR. Rudolf Müller (Soz.Dem.) der Verkauf von alten Pflastersteinen von der Floridsdorferbrücke zum Preise von 20 K per Stück ohne Wortmeldung angenommen.

GR. Speiser (Soz.Dem.) berichtet über den Antrag auf Anrechnung der Dienstzeit beim Gruppenwechsel von Beamten im Wege der Stellenbesetzung. Die hieraus sich ergebenden Mehrkosten erfordern 15 Millionen Kronen.

GR. Untermüller (chr.soz.) erklärt, daß er auch hier über Terrorakte der Sozialdemokraten Klage führen müsse. Drei Beamte des städtischen Elektrizitätswerkes haben schon vor längerer Zeit um ihre Uebersetzung aus der Gruppe IV in die Gruppe II angesucht. Dieses Gesuch ist unerledigt geblieben. Auf die Frage der Gesuchswerber nach dem Grunde habe der Präsident Dr. Kottek entgegnet, GR. Speiser hätte ihm erklärt, daß Gesuche, welche die Unterschrift eines christlichsozialen Personalvertreters tragen, unerledigt liegen bleiben. Wenn diese Beschuldigung zutrefte, so stelle der ganze Vorgang einen selbst in der Gesichte der sozialdemokratischen Verwaltung ganz unerhörten Skandal dar. Redner fragt den Bürgermeister, was er vorzukehren gedenke, um solche unglaubliche Beeinflussungen zu verhüten.

GR. Speiser (Soz.Dem.) erklärt in seinem Schlussworte, daß die Behauptung des GR. Untermüller vollständig erfunden sei. Es sei un- wahr, daß ein Beamter deswegen geschädigt werde, weil eine Personalvertretung einem amtsführenden Stadtrate nicht zu Gesicht komme. Es sei sehr bedauerlich, daß durch solche Angriffe derlei Ansichten erzeugt werden und daß die Politik in die städtischen Kanzleien und Gewerkschaften hineingetragen werde. Es sei vielleicht eine Schwäche der sozialdemokratischen Politik, daß <sup>sich</sup> ihre Vertreter gegenüber der Sucht die Werke und Kanzleien zu politisieren nicht mehr wehren. GR. Untermüller habe auch davon gesprochen, daß die jetzige Gemeindeverwaltung Gesinnungsterror ausübe. Redner könnte über den Gesinnungsterror von einst viele Beispiele vorbringen.

GR. Untermüller hat auch von den Lebensmittelpreisen gesprochen. Wer hat bei den letzten Wahlen darauf kandidiert, daß wir billiges Mehl haben werden, wer hat bei den letzten Wahlen darauf kandidiert, daß in Ungarn/<sup>schon</sup> die Schlepper bereit stehen, wenn hier eine christliche Regierung kommt? Wer hat darauf kandidiert, daß wir dann eine große Anleihe vom Auslande bekommen werden und insbesondere, daß die Lebensmittelpreise sinken und die Valuten steigen werden? Wer hat gesagt, die sozialdemokratische Regierung habe es dahin gebracht, daß der Kurs der Krone auf vier gesunken ist. Der Rattenfänger von Hameln ist durch Wien gezogen und hat auf seiner Pfeife die Gesichte vom billigen Mehl, von ungarischen Zuschüssen und Krediten und vom Steigen der Krone gespielt. Wo ist dieses Lied jetzt hingekommen? Die christliche Partei hat keine Ursache von diesen Dingen zu reden. In Wahrheit ist unter der christlichsozialen Regierung, die uns als Rettung des Volkes angepriesen wurde, eine ungeheure Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse und eine Steigerung des Reichtums der Schieber gestanden. Was sie von der Gemeindepolitik und von der gesamten Politik behaupten ist un- wahr, wahr ist, daß die schlechte Lage von der christlichsozialen Regierung zu verantworten ist.

GR. Kienböck (chr.-soz.) sagt in einer tatsächlichen Berichtigung, die von GR. Schleifer vorgebrachte Behauptung, er habe sich für die Aufenthaltsbewilligung eines Ostgalizianers eingesetzt, sei unwehr. Er sei nur für eine alte kranke Frau eingetreten, bei welcher der Betreffende als Untermieter wohnte. Es habe die Absicht bestanden ihren Untermieter zugunsten eines anderen Galizianers zu delogieren. Dadurch wäre für die alte Frau infolge der Aufregungen die Gefährdung ihres Gesundheitszustandes zu befürchten gewesen, und deshalb habe seine Kanzlei für die Belassung des Untermieters interveniert.

GR. Schleifer (Soz.-Dem.) berichtet diesen Ausführungen gegenüber, daß er nicht behauptet habe, Dr. Kienböck habe sich um eine Aufenthaltsbewilligung eines Ostgalizianers eingesetzt, sondern er habe die Räumung der angeforderten, von Szamuel Landau bewohnten Räume in der Wohnung einer Frau Lohnstein hintertreiben wollen. Dr. Kienböck sei auch in der Zuweisungskommission erschienen und habe für Szamuel Landau persönlich interveniert. Nach erfolgter Räumung der Wohnung des Szamuel Landau wurden die einzelnen Wohnungsteile aus dieser Wohnung in die Wohnung der Frau Lohnstein beschafft und dort dem Szamuel Landau, der keine Aufenthaltsbewilligung hat, Unterschlupf zu gewähren. Man mache Dr. Kienböck keinen Vorwurf, daß er solche Vertretungen übernehme, wohl sollte er aber es mit seiner Stellung als Gemeinderat nicht vereinbar finden.

Zwischenruf bei den Christlichsozialen: Wer hat denn die Wohnung bekommen?

GR. Schleifer: Die Wohnung ist einer Wiener Familie zugesprochen worden.

GR. Kunschak (chr.-soz.) sagt, daß der Referent behauptet habe, daß die christlichsoziale Partei an dem ganzen Unglück des österreicherischen Volkes Schuld sei, <sup>was das</sup> /ganze Volk in Oesterreich wisse, die christlichsoziale Partei allerdings mit einer Ausnahme, nämlich des Redakteurs Austerlitz, der heute in einem Leitartikel aufgeteigt habe, wer die Schuld an dem Unglück in Oesterreich habe, worin allerdings kein Wort von den Christlichsozialen stehe.

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.) sagt, daß von seiner Kanzlei der Einspruch in der genannten Wohnungsangelegenheit erhoben und auch das weitere Verfahren eingeleitet wurde. Die Sache sei eine vollkommen berechtigte und habe sich seine Kanzlei dieser Sache mit vollen Rechten angenommen. Er habe auch in der Sache nicht persönlich bei der Zuweisungskommission vorgespochen. Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen.

GR. Schneider (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung der Gebühren für die Räumung der schließbaren Kanäle und Senkgruben ab 1. Oktober.

GR. Angeli (chr.-soz.) bespricht das Zustandekommen des Vertrages mit der Gehilfenschaft der Kanalräumer, die nun, da die Meisterschaft ausgeschaltet worden sei, ein Monopol habe. Redner bemängelt, daß die Arbeiten nachlässig ausgeführt werden und daß aus dem Bezirken diesbezüglich zahlreiche Klagen einlaufen. Er spricht sich dafür aus, daß die Gemeinde die Kanalräumung in eigene Regie übernehmen solle.

GR. Rotter (chr.-soz.) nennt die Gebührenfestsetzung, die dreißig bis sechzig Prozent des Mietzinses betrage, die Reinkultur des Bolschewismus. Einigen hundert Kanalräumergehilfen müsse die Wiener Bevölkerung einen Tribut von ungefähr hundert Millionen Kronen leisten, wobei noch zu bemerken sei, daß die Räumungsarbeiten in hundert nachlässiger Weise ausgeführt werden. Redner verlangt die Einsetzung einer Untersuchungskommission.

G-R- Ertner bemerkt, die ganze Vorlage sei eine Augenauswischerei, hier werde Parteipolitik getrieben um einer kleinen Arbeitergruppe zu dienen; diesen Interessen müsse die gesamte Bevölkerung außerordentlich hohe Steuern entrichten. Durch die Vorlage werde eine starke Steigerung der Mietzinse eintreten.

Der Referent polemisiert im Schlußworte gegen die Oppositionellen Redner und verteidigt hauptsächlich den Entschluß, die Arbeiten nicht den Meistern, sondern der Arbeitsgemeinschaft der Gehilfen zu übertragen. Daß sei nicht nur geschehen, weil die Arbeitsgemeinschaft schließlich ein billigeres Offert stellte, sondern weil sie auch die Gewähr einer besseren Ausführung der Arbeiten bot.

Der Stadtsenatsantrag wird sodann angenommen, der Antrag Rotter auf Einsetzung eines gemeinderätlichen Untersuchungsausschusses genügend unterstützt der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

G-R. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über die Errichtung einer Feuerbestattungsanlage und führt aus: Der Gemeinderat hatte wiederholt Gelegenheit gehabt, sich mit der Sache der Errichtung einer Feuerhalle zu beschäftigen. Auch heute soll er wieder einen Beschluß in dieser Angelegenheit fassen und zwar den Platz bestimmen wo die Feuerhalle hinkommt. Wir haben uns in technischem Ausschusse und im Bauamte sehr eingehend mit dieser Platzfrage beschäftigen müssen. Ursprünglich war geplant die Feuerhalle auf die 6. Erweiterung des Zentralfriedhofes zu stellen. Dann wurden Anregungen laut, daß man irgendwo in Wien einen anderen würdigen Platz finden könne. Wir haben alle Gebiete in Wien eingehend untersucht, die für die aufstellung dieses Baues in Frage kommen könnten. Wir haben insbesondere die alten Friedhöfe einer Untersuchung unterzogen. Diese weisen jedoch keinen Raum auf um das Gebäude aufnehmen zu können. Schließlich sind folgende 3 Punkte übrig geblieben, die einer näheren Untersuchung unterzogen wurden. Der alte St. Marxer Friedhof, die 6. Erweiterung des Zentralfriedhofes und das Neugebäude selbst resp. der an das Neugebäude angrenzende Teil der einen Wildpark ähnlichen Charakter hat. Der St. Marxer Friedhof hat insbesondere den Nachteil, daß sein Gebiet zur Verbauung bestimmt ist und daß die Feuerhalle einmal mitten in einem verbauten Gebietsteil der Stadt stehen würde. Die 6. Erweiterung des Zentralfriedhofes hat den Nachteil, daß das Gebäude auf eine alte Heide zu stehen käme der der nötige Hintergrund fehlt. Zufällig ist zugleich die Frage der Übergabe des Neugebäudes an die Stadt Wien aktuell geworden. Das Neugebäude weist viele Vorteile, erstens eine stimmungsvolle Umgebung, dann liegt es nahezu an der Simmeringer Haupttrasse und in unmittelbarer Nähe des Zentralfriedhofes. Prinzipiell haben wir über die Errichtung des Krematoriums schon viel gesprochen und es liegt darüber ein Beschluß des Gemeinderates vor. Wir haben uns heute mit der Platzfrage zu beschäftigen und zu diesem Zwecke den vorliegenden Antrag gestellt um dessen Annahme ich bitte.

GRin. Dr. Seitz-Motzko (chr.-soz.) sagt, daß durch die Bewilligung des 40 Millionen-Kredites die Frage des Krematoriums eine ganz andere Bedeutung erlange. Die Gemeinde habe ungeheure Lasten zu tragen, denen sie nicht nachkommen könne. Sie bringe kaum 30% der Aufwendungen für die Angestelltengehälter auf, das Wohnungselend spreche eine erschütternde Sprache, die Gemeinde ist nicht im Stande ein paar Riegelwände zu bauen, die <sup>die</sup> /zusammengepferchten Menschen zu halbwegs wohnbaren Räumen bringen könnten, dem Vernehmen nach soll ein Bad in Kürze über 100 K kosten, wodurch es der Bevölkerung unmöglich werde, auf Hygiene Bedacht zu nehmen und zu all diesen Dingen kommen noch die Jugendfürsorge und die allgemeine Fürsorge, auf welchen Gebieten große Aufgaben zu erfüllen wären. All dieser Dingen könne aber die Gemeinde nicht gerecht werden, aber 40 Millionen Kronen für ein Krematorium, das nicht im Interesse des größten Teiles der bodenständigen Bevölkerung liege, werden aufgewendet. Das Krematorium wird gebaut werden, aber es wird ein Denkmal des Hohnes und des Spottes sein, mit dem die Gemeindeverwaltung in der Ärgsten Zeit der Not der Bevölkerung der Stadt an sich ihren Bewohnern vorbeigegen ist.

G.R. Klimesch (Tacheche) begrüßt es, daß Wien endlich eine Feuerbestattungshalle erhalten solle. Es sei zu verwundern, daß jemand gegen das Projekt Stellung nehmen könne, da ja doch niemand zur Feuerbestattung gezwungen werde. Die Anschauung der katholischen Kirche gegen die Einkücherung von Leichen müsse als sehr merkwürdige Grille angesehen werden, wenn man sich in die Erinnerung zurückruft, daß im Mittelalter auf Geheiß der mächtigen römischen Kirche ganze Hekatomben lebender Menschen auf den Scheiterhaufen verbrannt wurden, weil sie als Ketzer galten. Und während des Kruges habe die katholische Geistlichkeit nicht nur die Mordwaffen gesegnet, sondern auch ihre Zustimmung dazugegeben, daß ganze Haufen gefallener mit brennbarer Flüssigkeit übergossen und angezündet wurden. In andern Ländern sei die Leichenverbrennung längst eingeführt, ohne daß der katholische Klerus dagegen Bedenken hegen würde. So in den konservativen Italien, wo in großen Städten wie Mailand und Genua herrliche Kolumbarien bestehen.

Redner wünscht, daß mit dem Bau des Krematoriums in Wien nicht länger gezögert werde und die Stadt damit endlich auch auf diesem Gebiet dem Fortschritte Bahn bricht.

Rufe bei den Christlichsozialen: Lassen Sie sich verbrennen! Gemeinderat Klimesch lachend: Diese Freude werde ich ihnen nicht machen, wenigstens vorläufig nicht.

Gemeinderat Biber (Christlichsozial) setzt sich ~~xxx~~ warum dafür ein, daß das Objekt des Wiener Architekten Hoffmann, der mit dem ersten Preise ausgezeichnet wurde, auch zur Durchführung gelange. Wenn man sage, daß die Fassade des von dem in Innsbruck lebenden Architekten/<sup>Holzmeister</sup> entworfenen Gebäudes besser zu dem Aufstellungsorte passe, und daher dieses mit dem 3- Preise bedachte Objekt zur Ausführung bringen wolle, so müßte dagegen eingewendet werden, daß der Grundriß des Hoffmannschen Projektes anerkannter Massen bedeutend besser sei und daß dieser Künstler gewiß auch die richtige Fassade gefunden hätte, wenn man ihm gesagt hätte, daß er das dem Neugebäude anpassen solle.

Redner erwartet daher, daß dem Wiener Architekten sein Recht werde.

Der Referent weist in seinem Schlusswort darauf hin, daß die Architektenschaft den Schiedsspruch selbst entschieden habe, weil sie in der Mehrzahl in der betreffenden Sitzung war. Sie verlangte die Ausschreibung einer beschränkten Konkurrenz zur Beurteilung der eingelangten Arbeiten, weil das Projekt Holzmeister nicht nur mit dem 3- Preise ausgezeichnet werden könnte. Das Projekt Holzmeister stelle für jeden Fachmann eine besondere Sache dar. In der ganzen Frage könne nicht der Standpunkt bezüglich der Grenze von Wien maßgebend sein, da auch der Wettbewerb für Bewerber aus Deutschland und Deutschösterreich offen war. Die Sprecher der Architekten haben auch erklärt, daß sie Holzmeister als einen ganz besonderen Künstler betrachten. Im Übrigen handelte der Antrag von der Platzfrage, wozu nicht gesprochen wurde.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

Nach der Vornahme einiger Wahlen wird die Sitzung geschlossen.